

4° 6° 0° 3°

ANZEIGE

BUNTAG AG

FL-9491 Ruggell



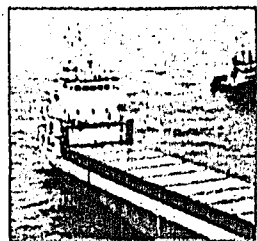
ERFOLGREICH
Der Charity Walk 2002 von Gymnasium und Realschule Vaduz brachte 58 000 Franken ein. **7**



WELTCUPPUNKTE
Markus Ganahl sicherte sich beim K.o.-Slalom in Sestriere mit Rang 21 die ersten Saison-Welcuppunkte. **13**



GESUNDHEIT
Bisher galt nur der Rotwein als gesundheitsfördernd. Und der Weisswein? **22**



KOLLISION
Ein Frachtschiff hat im Ärmelkanal das Wrack der havarierten Fähre «Tricolor» gerammt. **24**

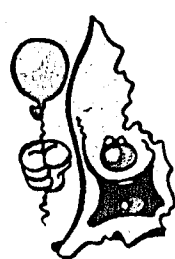
VOLKSBLATT MIX

Kanada ratifiziert Kyoto-Protokoll

TORONTO – Nach der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Kanada fehlt nur noch der Beitritt Russlands, um das internationale Umweltschutzabkommen in Kraft treten zu lassen. Der kanadische Ministerpräsident Jean Chrétien unterschrieb am Montag die in der vergangenen Woche vom Parlament beschlossene Ratifizierungsurkunde. Russland hat seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, das Abkommen zu unterzeichnen.

Verbreitet erhebliche Lawinengefahr

DAVOS – In den Alpen herrscht nach den Schneefällen verbreitet erhebliche Lawinengefahr. Bis Dienstagabend werden entlang des Alpennordhangs noch einmal 20 bis 40 Zentimeter Neuschnee erwartet, wie das Eidgenössische Institut für Schnee- und Lawinenforschung mitteilte.



??? SAGT:

«I glob do hät öpert weder amol än ghöriga Verfassungsballon schtüga loh. Guat, dass jätzt denn fertig gschretta ischt, sos verjagt's noch mit!»

VOLKSBLATT INHALT

Wetter	2	Sport	13-17
Kino	2	Kultur	21
Inland	3-9	Gesundheit	22
Wirtschaft	10+11	TV	23
Leserbriefe	19	International	24

www.volksblatt.li

Tel. +423/237 51 51 Fr. 1.50
124. JAHRGANG, NR. 289 Verbund Südostschweiz

«Zweifel an seriöser Bearbeitung»

Geteilte Meinungen zum Bericht der Venedig-Kommission

VADUZ – Am Bericht der Venedig-Kommission des Europarates scheiden sich die Geister: Auf der einen Seite werden Zweifel an der Seriosität geäußert, auf der anderen Seite fühlen sich die Skeptiker der Fürsteninitiative in ihrer Argumentation bestätigt.

• Martin Frommelt

Renate Wohlwend, Leiterin der liechtensteinischen Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarates, sagte sie sei «geschockt gewesen», weil eine

solche übereilte Entscheidungsfindung für den Europarat unüblich sei. Renate Wohlwend: «Dass man jetzt schon in der Sache selber entschieden hat, scheint mir irgendwie so, als habe man das total überstürzt und ohne Studium der Unterlagen gemacht, so dass ich an einer seriösen Bearbeitung Zweifel habe.»

«Neubehandlung notwendig»

Wie die Europarats-Delegationsleiterin weiter ausführte, geht sie «davon aus, dass die Venedig-Kommission dieses Thema noch einmal

behandeln muss». Dass die Kommission der Regierung nicht ermöglicht habe, ihre Meinung vorzutragen, sei unüblich, so Wohlwend.

Protestnote gefordert

Alt Regierungschef Walter Kieber fordert gar, beim Europarat einen formellen Protest einzulegen. Auch FDP-Fraktionssprecher Helmut Konrad kritisierte die überhastete Vorgehensweise der Venedig-Kommission: «Weil Verfassungsexperten in ihren Beurteilungen oft sehr divergieren, überrascht es mich, dass die Venedig-Kommission

on innert einer sehr kurzen Zeit zu ihrem Urteil gelangt ist.» Konrad hofft, dass die Regierung dem Europarat bis zur Abstimmung ihre Sicht der Dinge noch darlegen kann, «so dass das Urteil der Venedig-Kommission nicht identisch sein wird mit der Haltung des Europarates».

«Hätte niemandem genützt»

Dass die Kommission den elementaren demokratischen Grundsatz, die andere Seite anzuhören, verletzt hat, sieht VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger pragmatisch: «Das hätte nur dazu geführt, dass wir irgend wann später eine Meinung hätten, die dann niemandem etwas genützt hätte».

Nachdem der Entwurf der Venedig-Kommission davon spricht, dass die Mitgliedschaft im Europarat bei Annahme der Fürsteninitiative «problematisch» wäre, spricht sich Peter Sprenger für eine Denkpause aus. «Ich würde erwarten, dass der Fürst und die Regierung jetzt eine Denkpause machen, da es unverantwortlich ist, sich sehenden Auges in die aussenpolitische Isolation zu begeben», so der VU-Fraktionssprecher.

Keine Denkpause möglich

Wie Regierungschef Otmar Hasler uns gegenüber auf Anfrage sagte, lässt das innerstaatliche Verfahren von den Vorgaben der Verfassung und des Volksrechtgesetzes eine solche Denkpause gar nicht zu. Die Volksabstimmung muss bekanntlich innerhalb von drei Monaten angesetzt werden.

Seite 3



Geteilte Ansichten zur Einschätzung der Venedig-Kommission: Liechtensteins Europarat-Delegationsleiterin Renate Wohlwend und VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger.

Schweiz nimmt von deutschen Plänen Kenntnis

Schröder gelingt Befreiungsschlag – EFD sieht Schweizer Haltung bestätigt

BERN/ZÜRICH – Die deutschen Zinssteuerpläne werden in der Schweiz mit grossem Interesse verfolgt. Das Finanzdepartement wollte die Absichten zwar nicht kommentieren, sieht seine Haltung bezüglich der Mittel im Kampf gegen die Steuerhinterziehung aber bestätigt. Der Finanzplatz reagerte gelassen auf die Steueramnestiepläne.

Mit seinem Überraschungscoup für eine neue 25-prozentige Zinssteuer war Bundeskanzler Gerhard Schröder gestern ein Befreiungsschlag geglückt. Sechs Wochen vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen brachte er am Montag die rebellischen SPD-Ministerpräsidenten auf Linie: Sie legten – wie von Schröder gefordert – ihre Pläne zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf Eis. Schröder

verfolgt mit der Zinssteuer das Ziel, Geldanleger für Deutschland zu gewinnen, die Kapitalflucht zu stoppen und für mehr Steuerhonestät zu sorgen. Er rechnet damit, dass reuige «Steuerflüchtlinge», denen Straffreiheit zugesichert wird, mindestens 100 Milliarden Euro zurück nach Deutschland bringen. Das würde dem Staat 25 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen bringen.

Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) nahm nach Auskunft eines Sprechers am Montag von der Absicht der deutschen Regierung zur Einführung einer Abgeltungssteuer auf Kapitalerträgen Kenntnis. Dies bedeute, dass eine Quellensteuer an die Stelle der normalen Einkommenssteuer trete, sagte Jean-Michel Treyvaud. Die Steuerpflichtigen müssten deshalb die von der Abgeltungssteuer

erfassten Erträge nicht mehr in der Steuererklärung aufführen. Die Einführung einer solchen Quellensteuer sei eine innerstaatliche Angelegenheit, weshalb es nicht an



Kanzler Schröder will «entlaufenes» Geld nach Deutschland zurückholen.

der Schweiz sei, sie zu kommentieren.

Das EFD wies aber darauf hin, dass die Diskussion über die Einführung einer Quellensteuer auf Zinserträgen in Deutschland die Schweizer Haltung bestätige, wonach Quellensteuern auf Kapitalerträgen ein effizientes Mittel zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung darstellten. Die schweizerische Verrechnungssteuer von 35 Prozent auf Kapitalerträgen schweizerischen Ursprungs habe sich seit langem bewährt, sagte der Sprecher, erinnerte aber daran, dass diese Steuer in der Schweiz keine Abgeltungswirkung hat. Keinen Kommentar wollte das EFD zu den deutschen Plänen für eine Steueramnestie abgeben, die auf die Repatriierung von Fluchtgeldern abzielt – unter anderem aus der Schweiz und aus Liechtenstein.

Jetzt kostenlos testen bis 31. Dezember 2002

Grösstes Text- und Bildarchiv auf Liechtensteins Mediensite No. 1

www.volksblatt.li